

Fünf Thesen: „Globalisierung kritisch - eine andere Welt ist möglich?!“

1.) Das Dogma vom freien Markt als absolutem Heilsbringer muss entzaubert werden und seine Gebote in den Spielregeln der WTO geändert werden

Einzelforderungen

Dem freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen, ungehindert durch Zölle und andere Regeln, müssen dort Grenzen gesetzt werden, wo sich entwickelnde Märkte in der Dritten Welt von Exporten aus den Industriestaaten überflutet und vernichtet werden. Agrarexporte der Industriestaaten wiederum dürfen künftig weder direkt noch indirekt subventioniert werden. Dies wiederum wird von der WTO (noch) erlaubt. Die Verbindung zwischen Biopiraterie und der Berufung auf „geistiges Eigentum“ muss enden. Auch geistiges Eigentum ist sozialpflichtig. Die WTO-Schiedsgerichtsverfahren dürfen nicht über UNO-Recht stehen. Für die Bereiche Bildung, Gesundheit und Ernährung als „öffentliche Güter“ dürfen nicht die gleichen Regeln gelten wie für andere Güter und Dienstleistungen. Investitionsschutzabkommen dürfen kein Klagerecht gegen Staaten enthalten.

2.) Eine globalisierte Welt braucht auch globale, internationale Steuern, z. B. gegen die Finanzspekulation und für Aufgaben der UNO

Einzelforderungen

Die Devisentransaktionssteuer soll zumindest in einem größeren Wirtschaftsraum, z.B. der EU, eingeführt werden, im Normalfall mit einem niedrigen Steuersatz. Bei gezielten großen Spekulationen, etwa gegen die Währungen von Entwicklungsländern, gilt ein wesentlich höherer Steuersatz. Diese Steuer soll der Einstieg in internationale Steuern sein und der Finanzierung „Globaler öffentlicher Güter“ dienen und zwar im Rahmen der UNO, z.B. der Millenniums-Entwicklungsziele für das Jahr 2015, die u.a. eine Halbierung der Armut in der Dritten Welt vorsehen und den Besuch der Grundschule für alle Kinder. Möglich sind auch, besonders im Blick auf weltweite Umweltschäden, eine CO₂-Abgabe und die weltweite Besteuerung von Flugbenzin.

3.) Der IWF als Kreditgeber für Entwicklungsländer braucht eine grundlegende Reform, sonst wird „der Bock zum Gärtner“ gemacht

Einzelforderungen

Armutsbekämpfungsprogramme müssen von dem neoliberalen Wirtschaftsmodell abgekoppelt werden. Mit den Entwicklungsländern gemeinsam erarbeitete „Papiere zur Armutsbekämpfung“ müssen in den Ländern selbst demokratisch legitimiert und dann auch für den IWF verbindlich sein. Die Gewährung von Krediten darf nicht davon abhängig gemacht werden, dass die Empfängerländer gegen ihren Willen öffentliches Eigentum privatisieren und kurzfristig Schutzzölle abschaffen. Die Regierungen dieser Länder wiederum müssen die Armutsbekämpfungsprogramme mit Parlamenten und mit den Vertretern der Zivilgesellschaft dort erarbeiten. Bei der Schuldentrückzahlung von Krediten muss geprüft werden, ob es sich um „unmoralische Schulden“ handelt (z.B. Kredite an Despoten). Hier ist ein neutrales Schiedsverfahren nötig, aber auch dann, wenn Entwicklungsländer Zinsen und Tilgung für Kredite nicht mehr bezahlen können. Es muss an die Stelle der Willkür einzelner Entschuldungsmaßnahmen treten. Organisatorisch ist der IWF stärker in die UNO zu integrieren.

4.) Im Blick auf die AKP-Staaten/Entwicklungsländer in Asien, Pazifik und Karibik muss die EU echte „Partnerschaftsabkommen“ abschließen, die den Ausgangsbedingungen dieser Länder angemessen sind

Einzelforderungen

Besonders bei den Verhandlungen der EU mit den Entwicklungsländern in den AKP-Staaten muss es einen Kurswechsel geben.

Kurzfristige erzwungene Exporterfolge der EU, die mit einer Schwächung der Entwicklungsländer verbunden sind, haben langfristige negative Folgen: Flüchtlingsströme an den Grenzen der EU und die entsprechenden Kosten für repressive polizeiliche und militärische Abwehr der „Immigrantenflut“, an deren Entstehung man doch selbst mit beteiligt war.

Es muss wieder das Prinzip gelten, dass Gleichheit unter Ungleichen Ungleichheit ergibt. Dieses Prinzip haben ja die jetzt mächtigen Industriestaaten früher für sich selbst gefordert. Länder, die sich ihre Stärke auch dadurch erworben haben, dass sie jahrzehntelang Zollbarrieren aufgebaut haben, um sich vor entwickelnden Märkten zu schützen.

5.) Globalisierung kritisch- eine andere Welt ist möglich und ich kann dafür etwas tun

Wichtig ist eine „ökonomische Alphabetisierung“ im Blick auf weltwirtschaftliche Zusammenhänge. Dazu gehört das Wissen über große internationale player wie WTO, IWF und die EU, aber auch das „learning by doing“ im Blick auf das eigene Alltagsverhalten und politische Engagement. Die scheinbar abstrakten Begriffe und die „konkreten Bilder“ gehören zusammen (z.B. Weltreise einer Jeans, Staublunge in der Türkei, Schiffsfriedhof in China, Kinder in indischen Steinbrüchen).

Als Konsumentinnen und Konsumenten können wir nachfragen nach Gütesiegeln und Zertifikaten beim Kleidereinkauf und nicht nur da.

Wir können die Fair-Trade-Bewegung unterstützen, z.B. durch den Einkauf im Weltladen. Beim alltäglichen Einkauf können wir nachfragen nach fair gehandelten Produkten. Wir können mitarbeiten in einer Trägergruppe eines Weltladens oder vielleicht sogar an der Gründung eines Weltladens mitwirken.

Bei einem Kirchenvorstand lässt sich vielleicht erreichen, dass er beschließt, künftig nur noch oder überwiegend Fair-Trade-Produkte beim Einkauf zu berücksichtigen und bei Festen und Jubiläen anzubieten. Dabei kann es zu interessanten Gesprächen darüber kommen, was Fair-Trade heißt, in allen seinen Aspekten.

Mit der eigenen Gruppe können wir darauf dringen, dass eine Kommune bei ihrer Beschaffungspolitik fair produzierte Waren einkauft.

Wir können „konsumkritische Stadtrundgänge“ organisieren, wobei an verschiedenen Geschäften und Banken „Station gemacht“ wird, um so etwas wie Gegenöffentlichkeit zu erzeugen zur Reklamewelt und ihrem unkritischen „internationalen Flair“.

Auch Gespräche mit den regionalen Bundestagsabgeordneten oder vor Wahlen mit den Kandidaten und Kandidatinnen sind möglich. Wenn sie im Wahlkreis Druck von unten bekommen, dann wird auch eher einmal bei den Ministerien kritisch

nachgefragt wenn es z.B. um das deutsche Stimmverhalten im IWF geht oder um die Handelspolitik der EU.